



Per Mail: [pg@bakom.admin.ch](mailto:pg@bakom.admin.ch)

Bern, 1. Mai 2026

## **Änderung des Postgesetzes (Aufhebung der Wettbewerbsverzerrung bei der Mitgliedschafts- und Stiftungspresse)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Die vorliegende Revision des Postgesetzes sieht vor, die Zustellermässigung für die Mitgliedschafts- und Stiftungspresse künftig anbieterneutral auszugestalten. Das bedeutet, dass die indirekte Presseförderung nicht mehr ausschliesslich an die Zustellung durch die Schweizerische Post gebunden ist, sondern auch private Anbieterinnen einbezogen werden.

### **Position Die Mitte:**

Die Mitte unterstützt das Ziel, die indirekte Presseförderung für die Mitgliedschafts- und Stiftungspresse weiterzuführen und damit einen Beitrag zur demokratischen Meinungsbildung sowie zum gesellschaftlichen Zusammenhalt zu leisten. Ebenso anerkennt sie das Anliegen, bestehende Wettbewerbsverzerrungen zu überprüfen und zu reduzieren. Eine anbieterneutrale Ausgestaltung der Zustellermässigung kann hierzu grundsätzlich beitragen und die Wahlfreiheit für Herausgeberinnen und Herausgeber erhöhen.

Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass die heutige Förderung eng mit dem Grundversorgungsauftrag der Post verknüpft ist. Die Post stellt eine flächendeckende Zustellung sicher, auch in weniger rentablen Regionen, und trägt damit wesentlich zur Medienvielfalt in allen Landesteilen bei. Eine Reform darf deshalb nicht dazu führen, dass sich wirtschaftliche Risiken einseitig zulasten der Grundversorgung verschieben.

Aus Sicht der Mitte ist entscheidend, dass Wettbewerb unter fairen und vergleichbaren Bedingungen stattfindet. Es stellt sich insbesondere die Frage, wie sichergestellt werden kann, dass private Anbieterinnen nicht primär wirtschaftlich attraktive Regionen bedienen, während die Post weiterhin die flächendeckende Versorgung gewährleisten muss. Anbieterneutralität muss nicht nur formal, sondern auch faktisch gegeben sein.

Die Vorlage kann in urbanen Gebieten zu mehr Wettbewerb führen, birgt jedoch gleichzeitig Risiken für die Finanzierung der Grundversorgung, insbesondere in ländlichen und peripheren Regionen. Für die Mitte ist klar, dass die flächendeckende Zustellung als zentraler Bestandteil des Service public langfristig gesichert bleiben muss.



Die Öffnung des Systems erhöht zudem die Anforderungen an Vollzug und Aufsicht. Die vorgesehenen Instrumente sind grundsätzlich zu begrüßen, müssen jedoch so ausgestaltet werden, dass Missbrauch verhindert und gleichzeitig ein verhältnismässiger administrativer Aufwand gewährleistet wird.

Die Mitte unterstützt die Zielsetzung der Vorlage, erachtet jedoch eine sorgfältige Ausgestaltung als zentral. Eine ausgewogene Lösung muss den Wettbewerb stärken, ohne die Grundversorgung zu schwächen, und sicherstellen, dass für alle Anbieterinnen vergleichbare Rahmenbedingungen gelten.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

### **Die Mitte**

Sig. Philipp Matthias Bregy  
Präsident Die Mitte Schweiz

Sig. Blaise Fasel  
Generalsekretär Die Mitte Schweiz